

Greifenhagener Kreis-Zeitung

Ämftliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 147.

Donnerstag, den 18. Dezember 1919.

75. Jahrg.

Ämftlicher Teil.

Abfchrift

Telegramm aus Berlin vom 18. Dezember 1919.
Provinzialkartoffelstelle Stettin.

Mit Wirkung vom 14. Dezember tritt mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums eine Aufbahrungsgeldgebühr von 2,75 M je Ztr. in Kraft. Die auf Grund der Bestimmungen der Reichskartoffelstelle vom 4. September — Abschnitt C I Ziffer 2 — gewährten Schnelligkeits- und Ausführungsprämien fallen fort.
Reichskartoffelstelle.

Veröffentlicht. Die Ortsbehörden ersuchen wir vorstehendes sofort ortsüblich bekannt zu machen.
Greifenhagen, den 16. Dezember 1919.
Der Kreisaußschuß. (Kartoffelabteilung).
Kochler. Landrat.

Nachtrag

zum Tarif der von den preussischen Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegekosten vom 30. November 1910 (Min. Bl. f. d. i. Verw. S. 333.)

Auf Grund des § 30 des Gesetzes über den Unterstufungswohnstz vom 6. Juni 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 360 ff.), 30. Mai 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 377 ff.) und des § 35 des Ausführungsgesetzes vom 3. März 1871 (Gesetzsamml. S. 130 ff.) wird hierdurch nach Anhörung der Provinzialausfchüsse (Landesausschüsse) folgendes bestimmt:

1. Zu den Tarifätzen 1a, 1b, 2, 5a und 5b ist bis auf weiteres ein Feuerungszuschlag von 100% zu zahlen.
2. Ziffer 4 des Tariffs erhält folgenden Zusatz:
„Sie gelten aber nicht für im Wege der offenen Armenpflege untergebrachte Personen, die das Alter von 14 Jahren noch nicht erreicht haben. Für diese sind die tatsächlich notwendigen Auslagen zu erstatten.“

Berlin, den 28. Oktober 1919.

Der Minister des Innern. gez. Heine.

Veröffentlicht.

Greifenhagen, den 12. Dezember 1919.
Der Kreisaußschuß. Kochler.

Bekanntmachung. Für die Bearbeitung des Landesfchuges (Einwohnerwehren usw.) erhält jeder Kreis einen Landesfchugbeamten. Der Oberpräsident hat für den Kreis Greifenhagen vorbehaltlich der Genehmigung durch den Minister des Innern den Kreisrat v. Borries bestimmt. Alle Anfragen usw. betr. Einw.-Wehren sind in Zukunft an den „Kreisrat beim Landrat des Kreises Greifenhagen“ zu richten.

Greifenhagen, den 15. Dezember 1919.

Der Landrat. Kochler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Ich habe den Schornsteinfegermeister Max Remus aus Stettin als Bezirksfchornsteinfegermeister für den Kreisbezirk Fiddichow, umfassend die Stadt Fiddichow und die Ortschaften der Amtsbezirke Bräusenfelde, Ripperwiese, Selchow, Heinrichsdorf und Roderbeck angestellt.

Die in Betracht kommenden Ortsbehörden ersuche ich um ortsübliche Bekanntgabe.

Greifenhagen, den 11. Dezember 1919.

Der Landrat. Kochler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung.

In Ausführung des Erlasses vom 12. November 1916 betreffend die Neueinteilung der Hochbauämter im Regierungsbezirk Stettin, hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß vom 15. November ds. Js. ab das Hochbauamt in Pyritz aufgehoben wird.

Seine Dienstgeschäfte werden entsprechend dem Organisationsplane dem Hochbauamt in Stettin, soweit die hochbautechnischen Angelegenheiten des landrätlichen Kreises Greifenhagen und der Oberförsterei und Försterei Podesuch in Betracht kommen, und dem Hochbauamt in Stargard i. Pom., soweit die hochbautechnischen Angelegenheiten des westlich der Pläne gelegenen Teils des landrätlichen Kreises Pyritz in Frage kommen, übertragen.

Mit der Abwicklung der Aufhebungsarbeiten des Hochbauamtes in Pyritz, die bis zum 31. Dezember ds. Js. beendet sein werden, habe ich den Bausekretär Wolff in Pyritz beauftragt, von dem auch die Dienstgeschäfte bis zur Uebergabe an die Hochbauämter Stettin und Stargard i. Pom. vertretungsweise weitergeführt werden.

In der Uebergangszeit werden sämtliche das bisherige Hochbauamt Pyritz betreffende Schriftstücke usw. zur Vermeidung von Rückfragen zweckmäßig an die Aufhebungsstelle zu richten sein, die sie an die späteren Dienststellen weiterleitet. Vom 1. Januar 1920 sind alle Ein-

gaben unmittelbar an die beiden Hochbauämter Stettin und Stargard i. Pom. zu richten.

Stettin, den 24. November 1919.

Der Regierungspräsident. In Vertretung. Bergmann.

Veröffentlicht.

Greifenhagen, den 15. Dezember 1919.

Der Landrat. Kochler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Die Preisprüfungsstelle der Stadt Stettin hat mit meiner Zustimmung folgende Richtpreise für Weihnachtsbäume festgesetzt:

	bis 1 Meter Höhe	2,— M
" "	von 1 " 2 "	3,50 M
" "	2 " 3 "	5,50 M
" "	über 3 "	nachfreier Vereinbarung.

Die forstfiskalischen Lagerpreise sind auch gegenwärtig so niedrig, daß vorstehende Preise von den Händlern unbedingt eingehalten werden können.

Stettin, den 14. Dezember 1919.

Der Regierungspräsident. von Schmeling.

A. K. Gollnow.

Veröffentlicht.

Die Ortsbehörden ersuche ich, vorstehende Preise den Besitzern von Privatwaldungen sofort mitzuteilen, damit sie ihre Forderungen diesen Preisen tunlichst anpassen können.

Greifenhagen, den 16. Dezember 1919.

Der Landrat. Kochler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Die sofortige Anfuhr von 40 rm Kiefernholz aus der Kämmerforst bei Buddenbrock soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Das Holz ist nach den Kädtischen Gebäuden zu fahren. Verschllossene Angebote mit der Aufschrift „Holz-anfuhr“ sind bis 20. Dezember d. Js. bei uns eingzureichen.
Greifenhagen, den 16. Dezember 1919.
Der Magistrat. Quandt.

Aus deutschen Dokumenten.

Weitere Randbemerkungen Wilhelms II.

Von ausschlaggebender Bedeutung war vor Kriegsausbruch natürlich die Haltung Rußlands. Einerseits wußte man, daß sich Rußland als unbedingtster Schutzherr aller slavischen Staaten betrachtete, glaubte aber trotzdem nicht, daß ihm und besonders dem Zaren die Rolle liegen würde, die Mörder von Serajewo zu decken. Einen Einblick in diese Dinge gewähren zwei längere Depeschen des Petersburger Botschaftlers an den Kaiser und des dortigen Militärbevollmächtigten an den Kaiser. Beide sind wiederum mit unten angefügten Randbemerkungen Wilhelms II. versehen.

Osterreich, Serbien und Rußland.

Am 26. Juli 1914 brachte unser Petersburger Botschafter folgendes an den Kaiser:

„Der gegenwärtigen Situation widmet die heutige „Nowoje Wremja“ drei Artikel. Der erste, die „Osterreichische Depesche“ überschriebene Artikel sucht die in der Osterreichischen Note enthaltenen Hinweise auf die verbrecherische Tätigkeit serbischer Offiziere und Beamter zu diskreditieren und verleiht sie mit dem Friedensprozeß. Das Vorgehen Osterreichs beweise nur eins, nämlich die Absicht, Serbien zu vernichten. Weiter heißt es dann, Osterreich werde sich ohne das Einverständnis Deutschlands nie dazu entschließen, eine neue und öffentliche Verletzung des Völkerechts zu begehen. Der deutsche Kaiser brauche nur zwei Worte zu sagen! und Osterreich werde seine Note zurücknehmen. Dem Kaiser sei bekannt, daß Rußland Serbien mit seiner ganzen militärischen Macht unterstützen werde, daß der Überfall auf Serbien den Krieg mit Rußland bedeute, sowie, daß Deutschland und Frankreich dann in den Krieg hineingezogen werden würden. Die moralische Verantwortung für die drohende Vernichtung der europäischen Zivilisation falle auf Deutschland und seinen erhabenen Führer.“

„Danke!“

„Nein, das war mir nicht bekannt! Ich konnte nicht voraussehen, daß der Zar sich auf Seiten von Banditen und Königsmördern stellen würde, selbst auf die Gefahr hin einen Europ. Krieg zu entfesseln. Einer solchen Mentalität ist ein Germane unfähig, die ist slavisch oder lateinisch.“

„Die slavischen Brüder.“

Der Petersburger deutsche Militärbevollmächtigte v. Ebelius meldet am 28. Juli 1914 durch das Auswärtige Amt an den Kaiser:

Fürst Trubezkoi aus der Umgebung des Kaisers äußerte sich heute zu mir wie folgt: Nachdem nunmehr die Antwort Serbiens veröffentlicht ist, muß man den guten Willen Serbiens anerkennen, den Wünschen Osterreichs voll und ganz nachzukommen, sonst hätte Serbien nicht in so freundlichem Ton die unerhört scharfe Note Osterreichs beantwortet, sondern sie einfach... Die beiden strittigen Punkte konnte Serbien nicht einfach an-

nehmen ohne Gefahr einer Revolution und will sie einem Schiedspruch unterbreiten. Dies ist durchaus loyal, und Osterreich würde eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, durch eine Nichtanerkennung dieser Haltung Serbiens einen europäischen Konflikt heraufzubeschwören. Als ich erwiderte, die Verantwortung liege auf Rußland, welche doch außerhalb des Konfliktes stände, sagte Fürst Trubezkoi: Wir lieben die Serben gar nicht, aber sie sind unsere slavischen Stammesgenossen und wir können unsere Brüder nicht im Stich lassen; wenn es ihnen schlecht geht, Osterreich kann sie vernichten, und das können wir nicht zugeben. Ich erwiderte, daß Osterreich keinen Strich Landes erwerben, sondern nur Ruhe vor ihnen haben wolle. Er antwortete, Krieg ist Krieg, und die Übermacht Osterreichs kann es zermalmen, was nachher kommt, ist noch nicht abzusehen. Wir hoffen bestimmt, daß es nicht zu dem furchtbaren, automatisch folgenden Zusammenstoß der Großmächte kommen wird, wobei Dazane von Blut vergossen werden, sondern glauben, daß der Deutsche Kaiser dem verbündeten Osterreich einen wohlmeinenden Rat geben wird, den Bogen nicht zu überspannen, den guten Willen Serbiens mit den gegebenen Versprechungen anzuerkennen und die Mächte oder den Kaiser (Schiedspruch) die strittigen Punkte entscheiden zu lassen. Die politische Leitung in Osterreich bedürfte des Rates, denn der Kaiser sei zu alt, um solchen Moment noch klar zu beurteilen, der Thronfolger zu unerfahren, und Graf Berchtolds Schwäche habe man hier in Petersburg zur Genüge kennengelernt. Er fügte noch hinzu: Der größere Freundschaftsdienst ist oftmals der gute Rat, eine Sache nicht zu tun. Die Rückkehr Ihres Kaisers hat uns alle sehr beruhigt, denn wir vertrauen Sr. M. und wollen keinen Krieg, auch Kaiser Nikolaus nicht. Es wäre gut, wenn sich die beiden Monarchen einmal telegraphisch verständigen. Dies ist die Ansicht eines der einflussreichsten Männer des Hauptquartiers und wohl die Ansicht der ganzen Umgebung.

- „das war zu erwarten“
- „kann sich Osterreich nicht darauf einlassen“
- „das ist die Sorge, die mich erfüllte nach Durchlesung des Serbischen Antworts“
- „richtig“
- „königs- und Fürstenmörder!“
- „ich will es nicht!“
- „das sind Phrasen um die Verantwortung auf mich abzuwickeln das lehne ich ab!“
- „Börsen“
- „ist erfolgt! Ob eine Verständigung erfolgt, ist mir zweifelhaft“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Reichsgesetz gegen die Spielclubs. Wie halbamtlich gemeldet wird, liegt der Entwurf eines Gesetzes gegen das Glücksspiel bereits dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor und dürfte schon in den nächsten Tagen dort erledigt werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Nationalversammlung noch vor ihrer Vertagung das Gesetz endgültig verabschiedet.

+ Vernehmung Wilhelms II. vor dem Untersuchungsausschuß. Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschäftigte sich mit der Verteilung der Referate für den Fragebogen über die Vorkriegszeit und das Verhalten der deutschen Regierung zwischen dem Attentat von Serajewo und dem Ultimatum. Es wurde angeregt, den Kaiser ebenfalls zu vernehmen, eventuell durch Vermittlung Hollands, doch wurde die Entscheidung hierüber zurückgestellt, bis die Auskunftspersonen ihre Antworten eingereicht haben. Als Sachverständige sind neu hinzugezogen Professor Dr. Jäch und Professor Dr. Königer. Die nächste Sitzung des Unterausschusses wird im Januar stattfinden.

+ Zeitungen und Betriebsrätegesetz. Der Betriebsräteauschuß der Nationalversammlung hielt mit den Schriftleitern der Berliner Zeitungen eine Besprechung ab, um sich über die besonderen Verhältnisse des Zeitungsgewerbes unterrichten zu lassen. Die Frage, welche Stellung das Zeitungsgewerbe im Gesetz einnehmen wird, wird in einem Unterausschuß beraten werden.

+ Die preussische Landesversammlung mußte am Sonnabend vorzeitig vertagt werden, da bei der Beratung des Forstetats festgestellt war, daß das Haus beschlußunfähig war. In einer später anderamtigen zweiten Sitzung erklärte beim Titel „Geheimes Kabinetts“ ein Regierungsvortreter, daß dieser Titel zum letztenmal im Etat erscheint und rasche Erledigung erwünscht wäre. Das Haus nahm den Titel ohne besondere Aussprache an.

Großbritannien.

* Selbstverwaltung für Irland. Aus London wird gemeldet, daß das irische Verfassungsgezet am Montag dem Parlament vorgelegt werden soll. Wahrscheinlich wird sich das Haus nur einen Tag mit der Beratung beschäftigen und dann in die Weihnachtsferien gehen. Angeblich soll die Verfassungsänderung so weitgehend sein, daß Irland auf Grund der neuen Verfassung vollständig Selbstbestimmungsrecht und eigene Verwaltung bekommt. Eine Reihe wirtschaftlicher und militärischer Vorbehalte werden jedoch getroffen, um diese Selbstständigkeit von englischer Seite „kontrollieren“ zu können.